



Reden

10.12.2014

Thema: Doppelhaushalt 2015 / 2016 – Etat des Justizministeriums

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Beschäftigten der bayerischen Justiz leisten eine hervorragende Arbeit, trotz schwieriger und schwierigster Arbeitsbedingungen und hoher und höchster Arbeitsbelastung. Deshalb an dieser Stelle zuerst einmal Dank an alle, die sich für die Rechtspflege im Freistaat Bayern verdient machen, die einen Dienst leisten. Danke von uns allen für das, was Sie für unsere Heimat leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir sind erfreut, dass im Entwurf zum Doppelhaushalt 350 neue Stellen vorgesehen sind. Außerdem begrüßen wir es außerordentlich, dass die langjährige Forderung nach einer Angleichung der Gitterzulage erfüllt wird. Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir im öffentlichen Dienst und gerade in der Justiz attraktiv bleiben; denn wir stehen im Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft. Gerade in der Justiz und im öffentlichen Dienst wollen wir eigentlich die Besten haben. Deswegen brauchen wir ein Mehr an Attraktivität, damit wir die besten Personen bekommen. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen. Meine Damen und Herren, ich stelle das Lob an den Anfang, da die Justiz in den letzten Jahren von der Staatsregierung stiefmütterlich behandelt worden ist, sei es durch die Auflösung der Zweigstellen bei den Amtsgerichten, sei es durch den kaum vorhandenen Personalzuwachs, der, Herr Minister, unter ihrer Vorgängerin leider gängige Praxis war – und das, obwohl es sich bei der Justiz um die dritte Säule der staatlichen Gewalt handelt. Deswegen gibt es auch großen Mangel an Sachmitteln, der mit dem Personalmangel einhergeht. Natürlich trägt auch das Justizressort eine Gesamtverantwortung für den Haushalt. Hier muss man aber anmerken, dass sich die Justiz zu einem großen Teil selbst finanziert. Herr Minister, Sie haben im Haushaltsausschuss gesagt, dass die Justiz jeden zweiten Euro selbst einnimmt. Deswegen wäre es nur recht und billig gewesen, wenn die Justiz im Staatshaushalt die notwendige Unterstützung, die sie aufgrund ihrer Auslagen braucht, in einem entsprechenden Umfang bekommen hätte. Das hätte sich im Doppelhaushalt zugunsten der Justiz widerspiegeln müssen. Auch wenn jetzt die Justiz durch die Umbesetzung an der Spitze des Ministeriums offensichtlich besser vertreten ist, ist die Justiz immer noch verbesserungswürdig und verbesserungsfähig. Dies gilt gerade beim Personal; denn die Personaldecke in der bayerischen Justiz ist auf Kante genäht. Der Justiz kommt eine Kernaufgabe in unserer Gesellschaft zu. Deswegen darf hier letztlich nicht gespart werden. Meine Damen und Herren, unsere Anfragen, gerade in Bezug auf den Justizvollzug haben gezeigt, dass ein sehr gravierender Mangel vorherrscht. Zwar ist es gut, wenn jetzt 117 neue Stellen im Vollzugsdienst



kommen und gerade auch für die neue JVA Augsburg-Gablingen vorgesehen sind. Diese Stellen allein reichen aber nicht aus. Wir haben in diesem Bereich 120 Überstunden pro Mitarbeiter. Das ist extrem hoch. Deswegen brauchen wir mehr und weitere Stellen, damit der Vollzugsdienst sinnvoll geleistet werden kann. Darüber hinaus muss bei den Justizwachtmeistern mehr getan werden. Es ist zwar gut gewesen, dass nach den tragischen Vorfällen in Dachau private Sicherheitsdienste für ein Mehr an Sicherheit gesorgt haben. Langfristig gesehen und auf Dauer sollte die Sicherheit in der Justiz aber durch ausgebildete Justizwachtmeister gewährleistet werden. Auch hier brauchen wir zusätzliche Stellen, nämlich nach unserer Berechnung etwa 100 Stellen. Dies wäre für den Haushalt unschädlich, weil man diese Kosten bei den Fremdfirmen einspart. Darüber hinaus fehlen nach der aktuellen Bedarfsberechnung bei den bayerischen Rechtspflegern 258 Stellen. Die Beförderungswartezeiten bei den Rechtspflegern liegen zwischen 10 und 15 Jahren. Wir haben auch hier eine äußerst angespannte Situation. Gerade durch neue Aufgaben wie den elektronischen Rechtsverkehr wird noch mehr Personal notwendig werden. Darüber hinaus steht auch eine Ruhestandswelle in den nächsten Jahren an, die ausgeglichen werden muss. Von daher fordern wir hier auch eine Stellenmehrung. Genauso ist es bei den Bewährungshelfern, die letztlich eine präventive Aufgabe erfüllen. Hier fordern wir 30 zusätzliche Stellen. Auch bei den Justizsekretäranwärterstellen muss weiter zugelegt werden. Wir brauchen eine bessere Beförderungssituation. Es müssen außerdem Stellenhebungen vorgenommen werden. Nun, meine Damen und Herren, kommen wir zu den Richtern und Staatsanwälten. Der Bayerische Richterverein hat schon vor einiger Zeit eindringlich davor gewarnt, dass aufgrund der aktuellen Situation Haftentlassungen gefährlicher Beschuldigter die Folge überlanger Verfahrensdauer sein können. Es hat sich leider im letzten Sommer das bewahrheitet, was befürchtet worden ist, nämlich dass ein mutmaßlicher Sexualstraftäter aus der Untersuchungshaft entlassen werden musste, weil sich das Verfahren so lange hinzog. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ist eine schallende Ohrfeige für die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Denn in dem Beschluss heißt es, dem Beschuldigten dürfe nicht zugemutet werden, länger als angemessen in Untersuchungshaft zu sitzen – jetzt kommt es –, weil der Staat es versäumt hat, seine Pflicht zur verfassungsgemäßen Ausstattung der Gerichte nachzukommen. Das heißt, das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, hier hat der bayerische Staat geschlafen, weil er an Personal in der Justiz gespart hat. Deswegen müssen Straftäter freigelassen werden. Das ist ein Riesenskandal. Hier muss gehandelt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier steht die Staatsregierung in der Pflicht. Herr Minister, Sie haben ein sehr schweres Erbe angetreten und versuchen, jetzt die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Dabei haben Sie unsere Unterstützung; denn Sie müssen die Fehler der Vergangenheit ausbaden. Ich wünsche



**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
Florian Streibl**

Ihnen viel Erfolg, dass Sie es möglichst bald schaffen, dass solche Dinge in Bayern nicht mehr passieren. Die Justiz und die bayerische Bevölkerung werden es Ihnen danken. Die Berufsverbände haben seit Langem immer wieder darauf hingewiesen, dass die Personalsituation der Justiz in Bayern katastrophal ist. Man darf die Justiz nicht nur unter fiskalischen Aspekten sehen. Man muss sie auch unter dem Aspekt ihrer zentralen Rolle im Staatsgefüge sehen. Die Justiz hat eine systematische Bedeutung. Da kann man den Blick nicht nur auf die Haushaltsmittel richten, sondern man muss die Funktion sehen, die die Justiz hat. Sie hat die Funktion, dass Demokratie im Sinne von Gleichheit und Gerechtigkeit gelebt wird, dass Sicherheit geschaffen wird für alle, die in Bayern leben, gerade auch für die Wirtschaft, dass schnell Recht gesprochen wird, dass Straftaten schnell verfolgt werden, damit es unbequem wird für Straftäter oder Leute, die versuchen, andere übers Ohr zu hauen. Mit fiskalischen Zwängen zu argumentieren wie in der Vergangenheit, ist höchst fahrlässig. Gerade bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit dürfte das keine Rolle spielen; denn sie finanziert sich zu nahezu 75 % selbst. Das ist ein Teil im Staatsgefüge, der neben den Finanzämtern Geld einbringt. Das müsste man auch richtig berücksichtigen. Von daher waren wir, als wir den Entwurf des Staatshaushalts zum ersten Mal gesehen haben, ziemlich schockiert, weil keine einzige neue Stelle für Richter oder Staatsanwälte enthalten war. Erst in den Ausschussberatungen wurde mit 55 neuen Richterstellen und 20 neuen Stellen für Staatsanwälte nachgebessert. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir haben 100 Stellen beantragt. Für die gute Nachbesserung unser herzliches Dankeschön. Deswegen werden wir uns zu diesem Einzelplan enthalten und nicht dagegenstimmen. Meine Damen und Herren, man nimmt das Problem der Personalnot ernst. Ich hoffe, man wird in dieser Richtung weitergehen. Die Justiz ist mit ihren vielfältigen Aufgaben nicht nur ein Garant für einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst, nicht nur ein Garant für den Wirtschaftsstandort Bayern, sondern auch ein Garant für eine demokratische Gesellschaft, die von den Bürgerinnen und Bürger akzeptiert wird. Darum wäre es sicher gut, wenn man in Zukunft auf diesem Weg weitergehen würde und sich ein Herz nehmen würde, der Justiz mehr Selbstverwaltung zuzugestehen, damit die Dinge selbst geregelt werden, damit die Justiz mehr auf Augenhöhe mit Exekutive und Legislative sprechen kann als wahre dritte Säule der Gewalten. Darüber hinaus muss man noch eines ansprechen. Auf Dauer kann es für eine unabhängige Justiz nicht hingenommen werden, dass hohe und höchste Stellen in der Justiz letztlich vom Ministerpräsidenten, vom Kabinett bestimmt werden. Die Justiz sollte selber sagen, wer die besten Köpfe sind und wer welche Funktion übernehmen soll. Darum plädieren wir dafür, dass das Heft in die Hand der Justiz gelegt wird und sie selbst bestimmen kann und mehr Selbstverwaltung bekommt. Wir hoffen, dass der Weg positiv weitergegangen wird und freuen uns auf die weitere Auseinandersetzung in diesem Hohen Haus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)